

Rechtsausschuß
51. Sitzung

25.10.1989
sl-pr

Zu 2: Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1990 (Haushaltsgesetz 1990)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 10/4600 und 10/4601

Einzelplan 04 - Justizminister

Vorlagen 10/2322 und 10/2323

Zuschriften 10/2812, 10/2849, 10/2941, 10/2979, 10/2996
und 10/3004

Die stellv. Vorsitzende ruft in Erinnerung, daß der Ausschuß in seiner Sitzung vom 04.10.89 darauf verzichtet habe, den Haushalt kapitelweise zu behandeln. In der heutigen Sitzung sollten seitens der Fraktionen Anträge eingebracht werden. Die abschließende Beratung sei auf den 8. November 1989 terminiert.

Abg. Reinhard (SPD) bittet zuvor um Beantwortung der in der vorangegangenen Sitzung des Rechtsausschusses gestellten Fragen.

Während Frau Abg. Morawietz (SPD) sich für ihre Fraktion noch nicht imstande sieht, Anträge vorzulegen, und deshalb lediglich um Beantwortung der noch offenen Fragen bittet, teilt Abg. Paus (CDU) mit, daß er bereits die CDU-Anträge andeuten könne. Er halte es für angebracht, zunächst auf die Fragen einzugehen.

Abg. Reinhard (SPD) bittet um Auskunft bezüglich des Planungsstandes bei der JVA Gelsenkirchen.

Der Neubau des Amtsgerichtes Heinsberg, so Abg. Meuffels (CDU), sei zu begrüßen. Mit dem Neubau verbinde man aber auch die Sorge, daß möglicherweise vom benachbarten Amtsgericht in Geilenkirchen Abteilungen abgezogen werden könnten.

Auf die Bedenken des Abg. Meuffels erwidert Justizminister Dr. Krumsiek, daß es einen Schriftwechsel mit dem Stadtdirektor gegeben habe. Sein Haus habe erklärt, daß es zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Überlegungen gebe, gerichtsorganisatorische Änderungen vorzunehmen.

Abg. Paus (CDU) fragt, für welche in den Bereich des Einzelplans 04 fallenden Maßnahmen das Justizministerium Strukturhilfemittel des Bundes in Anspruch zu nehmen gedenke.